

Grundkurs Demographie: Erste Lektion

Deutschlands Weltrekorde

Von Herwig Birg

Seit Jahrhunderten wird das Thema "Weltbevölkerung" unter dem Schlagwort der Wachstumsbeschleunigung diskutiert. Die erste Milliarde wurde um 1805, die zweite um 1926/27 und die dritte 1960 erreicht. Für die vierte, fünfte und sechste Milliarde stehen die Jahre 1974, 1987 und 1999.

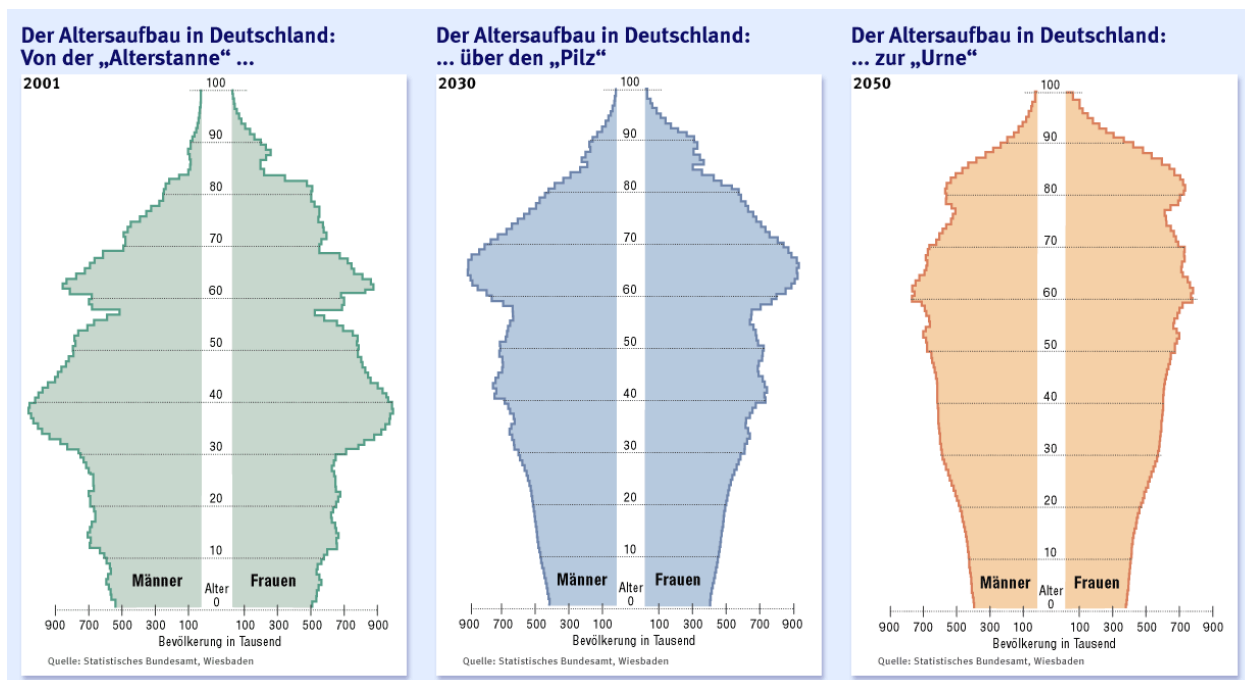
Der größte prozentuale Zuwachs pro Jahr erreichte in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre mit zwei Prozent ein Maximum; seitdem nimmt sie – bei einem absoluten Anstieg der Weltbevölkerung um 76 Millionen pro Jahr – ständig ab. Sie beträgt gegenwärtig noch rund 1,2 Prozent. Nach den Berechnungen der Bevölkerungsabteilung der UN fällt die Wachstumsrate ständig weiter. Das jahrhundertelange Weltbevölkerungswachstum wird wahrscheinlich um 2070 enden und in die neue Phase der Weltbevölkerungsschrumpfung übergehen.

Keine zwei Prozent daneben

Der Prognosefehler der von der Bevölkerungsabteilung der UN in den fünfziger Jahren für

2000 veröffentlichten Zahlen liegt unter zwei Prozent. Viele Hunderte Prozent beträgt er bei den Prophezeiungen von Gelegenheitsdemographen im Gefolge des Untergangspropheten Malthus. Der Unterschied zwischen wissenschaftlicher Demographie und Gelegenheitsdemographie liegt im Grad der Differenzierung der Vorausberechnungen. Die Vorausberechnungen der UN sind beispielsweise nach den rund zweihundert Ländern der Welt und zusätzlich jeweils nach mehreren Varianten der Geburtenhäufigkeit, der Lebenserwartung und der Migration differenziert, ferner nach Varianten mit und ohne Aids.

Der Hauptgrund für den Übergang vom Wachstum in die Schrumpfung der Weltbevölkerung – trotz der zunehmenden Lebenserwartung – ist der Rückgang der Geburtenrate. Sie nahm seit 1950 von fünf Geburten pro Frau im Weltdurchschnitt auf jetzt 2,7 ab, davon 2,9 in den Entwicklungsländern und 1,6 in den Industrieländern.



Das grobmaschige soziale Netz als Grund

Der seit Jahrzehnten beobachtete Rückgang der Geburtenzahl pro Frau bei gleichzeitig steigenden absoluten Geburtenzahlen – infolge der wachsenden Größe der nachrückenden Frauengenerationen – folgte einer paradoxen Regel: Je höher Stand und Tempo der sozioökonomischen Entwicklung in einem Land waren, desto niedriger die Geburtenrate.

Die zweihundert Länder der Welt näherten sich dem Ziel einer niedrigen Geburtenrate wie die Schiffe eines langen Geleitzuges, angeführt von Deutschland mit der niedrigsten und gefolgt von den Schwellenländern mit mittleren und den ärmsten Ländern mit der höchsten Geburtenrate, darunter beispielsweise Angola oder Niger mit sieben beziehungsweise acht Geburten pro Frau. Eine Ausnahme dieser Regel bilden die Vereinigten Staaten mit ihrer hohen Geburtenrate von zwei Kindern je Frau. Neben dem Nationalstolz dürfte dafür das grobmaschige soziale Netz ursächlich sein: Hilfe in Notfällen leistet letztlich die eigene Familie, nicht der Staat.

Die frühesten, die meisten und die meisten

Gibt es einen niedrigsten Wert für die Geburtenrate oberhalb von Null? Sind es 1,2 Geburten pro Frau wie in Spanien und Italien? In Oberitalien und Nordspanien werden rund 0,8 Kinder pro Frau registriert, der heutige Landesdurchschnitt könnte also noch weiter sinken, zumal er in osteuropäischen Ländern wie Lettland (1,1), Rußland (1,14) oder der Ukraine (1,15) bereits unter dem südeuropäischen liegt.

Deutschland hält drei demographische Weltrekorde. Erstens: Es ist das Land, in dem die Bevölkerungsschrumpfung infolge der niedrigen Geburtenrate am frühesten begann, in den alten Bundesländern ab 1972; in der DDR begann die Bevölkerung ab 1969 zu schrumpfen.

Zweitens: Die Geburtenrate beträgt bei der deutschen Bevölkerung zwar wie in Spanien und Italien etwa 1,2 Geburten pro Frau, bei der zugewanderten rund 1,9 und im Durchschnitt, ähnlich wie in anderen Ländern, 1,3 bis 1,4 Geburten, aber der Grund für das niedrige Niveau ist ein besonderer: Der weltweit einmalig hohe Anteil der Frauen und Männer an einem Jahrgang, die zeitlebens kinderlos bleiben, liegt hierzulande bei etwa einem Drittel.

Drittens: Stärker als in anderen Industrieländern werden fehlende Geburten durch Einwanderungen ersetzt: Schon vor dem Zusammenbruch des Ostblocks und der anschließenden starken Zuwanderung nahm Deutschland deutlich mehr Zuwanderer auf als vergleichbare Länder: Auf 100.000 Einwohner bezogen, betrug die jährliche Zahl der Zuwanderungen zum Beispiel in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten 245, in Kanada 479, in Australien 694 und in Deutschland (alte Länder) 1022. Desinformation und Desinteresse haben zu einem falschen Selbstbild geführt: Deutschland ist weltoffener als andere Länder.

Vier Größen bestimmen die Bevölkerungszahl. Die Geburten: In Deutschland werden pro Jahr etwa 700.000 registriert. Die Zuwanderungen: Hier liegen wir jährlich bei etwa 800.000. Die Sterbefälle: Das sind rund 850.000. Und die Abwanderungen ins Ausland: Etwa 600.000 sind es hierzulande. Deutschland hat seit langem also mehr Zuwanderungen pro Jahr als Geburten im Inland.

Der "Grundkurs Demographie" umfaßt zehn Lektionen, die wir von heute an in täglicher Folge veröffentlichen. Der Autor war bis 2004 Leiter des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik der Universität Bielefeld und Präsident der Deutschen Gesellschaft für Demographie.

Text: F.A.Z., 22.02.2005, Nr. 44 / Seite 35

Bildmaterial: F.A.Z., picture-alliance / dpa

Grundkurs Demographie: Zweite Lektion

Die Logik der Trägheit

Von Herwig Birg

Die Zukunft ist zwar unbekannt, aber die Auswirkungen möglicher oder absehbarer Änderungen der demographisch relevanten Verhaltensweisen auf die Bevölkerungsentwicklung eines Landes oder der Welt insgesamt lassen sich mit großer Genauigkeit berechnen.

Wenn beispielsweise die Geburtenzahl pro Frau im Weltdurchschnitt ihre seit einem halben Jahrhundert beobachtete Abnahme noch beschleunigt, wird das bestandserhaltende Niveau von 2,13 Geburten je Frau schon um 2010 erreicht. Dann würde das Weltbevölkerungswachstum jedoch nicht ebenfalls schon im Jahr 2010 enden, sondern erst im Jahr 2050 auf einem Niveau von rund 8 Milliarden im Vergleich zu 6,4 Milliarden heute.

Rechenbeispiele

Der Grund für die Reaktionsverzögerung wird in der Demographie mit den Begriffen „Schwung“, „Eigendynamik“ oder „Momentum“ bezeichnet. Ihre Ursache liegt darin, daß die Abnahme der Geburtenzahl pro Frau in einem bestimmten Jahr keinen Einfluß auf die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter hat, die in diesem Jahr Kinder bekommen können. Da die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter (15 bis 45 Jahre) aufgrund der größer werdenden nachrückenden Jahrgänge um mehrere hundert Millionen wächst, steigt die absolute Geburtenzahl trotz abnehmender Geburtenzahl pro Frau zunächst noch weiter.

Wenn dagegen die Geburtenzahl pro Frau im bisherigen Tempo abnimmt, ohne daß sich die Abnahme beschleunigt, fällt die Geburtenzahl pro Frau von 2,7 heute auf 2,1 im Jahr 2040 und nicht schon 2010. Dann wird der Gipfel der Weltbevölkerung statt 2050 erst im Jahr 2070 mit rund 9 Milliarden erreicht. Aus der Vielzahl der Berechnungsvarianten sei noch ein weiteres Beispiel herausgegriffen: Wenn sich die Abnahme der Geburtenrate leicht verlangsamt und das bestandserhaltende Niveau erst 2080 erreicht wird, endet das Weltbevölkerungswachstum erst im Jahr 2110 auf einem Niveau von 11,6 Milliarden.

Unterschiedliche Abnahmetrends

Diese Ergebnisse beruhen auf Annahmen über die Zunahme der Lebenserwartung und die Abnahme der Mortalität. Die Vorausberechnungen werden nach Altersjahren oder -gruppen sowie zusätzlich nach Geschlecht untergliedert. Deshalb lassen sich die bei den Altersgruppen meist unterschiedlichen Abnahmetrends der Mortalität berücksichtigen. Würde sich beispielsweise die Säuglings- und Kindersterblichkeit nicht, wie in den meisten Weltbevölkerungsvorausberechnungen unterstellt, bis zur Jahrhundertmitte halbieren, sondern plötzlich um fünfzig Prozent zunehmen, so käme das Wachstum der Weltbevölkerung trotzdem nicht zum Stillstand, sondern die oben angegebenen Zahlen für das Maximum wären um etwa 300 Millionen niedriger.

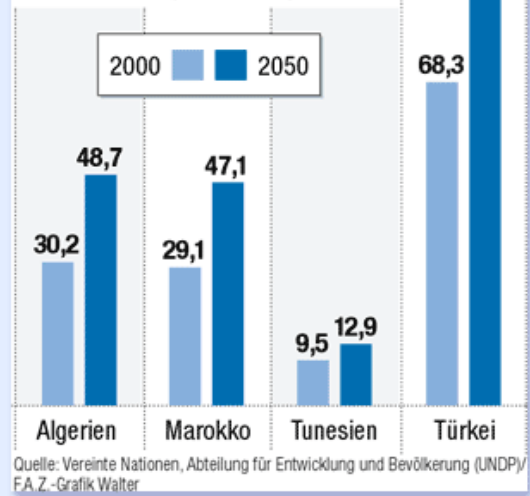
Das Fazit derartiger Analysen ist: Die Änderung der Geburtenrate um einen bestimmten Prozentsatz wirkt sich um ein vielfaches stärker auf das Bevölkerungswachstum aus als eine gleich große Änderung der Lebenserwartung. Aus diesem Grund geht das Bevölkerungswachstum durch Aids nur in den am stärksten betroffenen Ländern Afrikas – Botswana und Südafrika – in den nächsten Jahren in die Bevölkerungsschrumpfung über. Für Afrika insgesamt sind die Prognosen bis 2050 mit Aids um fünfzehn Prozent niedriger als ohne.

Zukunftsmusik

Der jährliche Anstieg der Weltbevölkerung nahm seit den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts bis zur Mitte der achtziger Jahre von 47 Millionen auf ein Maximum von 87 Millionen zu, seitdem fiel er auf 77 Millionen im Zeitraum von 2000 bis 2005. Davon entfällt der größte Teil auf Indien (16 Millionen) und der zweitgrößte auf China (9,4 Millionen). Der Bevölkerungszuwachs eines einzigen Jahres in Indien ist so groß wie die Bevölkerungsabnahme in Deutschland durch sämtliche Geburtendefizite bis 2040. Die Vorstellung, daß die Bevölkerungsschrumpfung in Deutschland und anderen entwickelten Ländern positiv zu bewerten sei, weil sie das Wachstum in den armen Ländern kompensiert, ist naiv.

Baby-Boom am Mittelmeer

Bevölkerungszahlen für die Jahre
2000 und 2050 (in Millionen)



Spiegelbildlich zum Fall des Bevölkerungswachstums verläuft die Bevölkerungsschrumpfung in entwickelten Ländern wie Deutschland. Die im Geburtenrückgang der vergangenen drei Jahrzehnte nicht geborenen Kinder fehlen jetzt als potentielle Eltern, deshalb muß die jährliche Geburtenzahl in den nächsten Jahrzehnten immer weiter abnehmen, selbst wenn die Kinderzahl pro Frau in Zukunft moderat zunähme, erst recht, wenn sie konstant bliebe oder sich verringerte. Ähnlich ist es in anderen Ländern: Vorausberechnungen für die fünfzehn Mitgliedsländer der früheren EU ergeben unter der Annahme einer konstanten beziehungsweise leicht zunehmenden Geburtenzahl pro Frau von 1998 bis 2050 eine Bevölkerungsabnahme von 375 auf 296 Millionen. Gleichzeitig wächst die Bevölkerung in den südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeers – von Marokko über Algerien, Tunesien bis zur Türkei – selbst unter der Annahme abnehmender Geburtenzahlen pro Frau von 236 auf 394 Millionen, darunter allein in der Türkei von 67 auf 98 Millionen.

Text: F.A.Z., 23.02.2005, Nr. 45 / Seite 37

Bildmaterial: F.A.Z.

Grundkurs Demographie: Dritte Lektion

Was taugen Prognosen?

Von Herwig Birg

Wer behauptet, man könne die Zukunft nicht vorhersagen, weil der Ausbruch einer neuen Seuche oder der Einschlag eines Meteoriten jede Vorausberechnung über den Haufen werfen kann, hat recht. Aber was, wenn Extremereignisse dieser Art ausbleiben, was ja viel wahrscheinlicher ist? Wissenschaftliche Prognosen beanspruchen nicht, das Auftreten überraschender Ereignisse prognostizieren zu können, trotzdem sind sie sehr nützlich, denn sie betreffen den Normalfall. Alle seriösen Prognosen haben die Form von Wenn-dann-Aussagen über die Zukunft, wobei in den Wenn-Bedingungen große Katastrophen ebenso wie Wunder sinnvollerweise ausgeschlossen werden.

Wissenschaftliche Bevölkerungsprognosen beruhen auf Annahmen über das Fortpflanzungsverhalten in der Zukunft – gemessen durch die Zahl der Lebendgeborenen pro Frau –, ferner auf Annahmen über die Lebenserwartung – gemessen durch die stark vom Alter abhängigen Sterbewahrscheinlichkeiten – sowie auf Annahmen über die Zahl und Altersstruktur der Ein- und Auswanderungen. Deshalb ist die Qualität einer Bevölkerungsprognose identisch mit der ihrer Annahmen. Stimmen die Annahmen mit der Realität genau oder näherungsweise überein, trifft auch die Bevölkerungsprognose exakt oder näherungsweise zu.

Bevölkerungsprognosen sind zuverlässig

Die Vorausberechnungen gehen von einem bestimmten Basisjahr aus und ermitteln für jede Altersgruppe getrennt, wie sich ihre Größe durch Sterbefälle und Geburten sowie durch Ein- und Auswanderungen innerhalb des ersten Prognosejahres verändert. Das Ergebnis dient als Ausgangspunkt für die Berechnungen im zweiten Prognosejahr et cetera. Sämtliche Ergebnisse einer Bevölkerungsprognose stecken voll und ganz in den Annahmen.

Bevölkerungsprognosen sind zuverlässiger als Prognosen über die wirtschaftliche Entwicklung, weil die künftigen Bevölkerungszahlen in erster Linie von der Größe der verschiedenen Altersgruppen in der bekannten Bevölkerungspyramide abhängen und erst in zweiter Linie vom Verhalten der Menschen, das sich ändern kann. Aber auch die sich ändernden Verhaltens-

weisen lassen sich analysieren und die dabei festgestellten Regelmäßigkeiten bei den Annahmen berücksichtigen. Der Unterschied zwischen dem Einfluß der Altersstruktur und dem der Verhaltensweisen läßt sich vergleichen mit dem ziemlich sicher prognostizierbaren Wechsel der Jahreszeiten und den kurzfristigen Wetterprognosen. Eine Aussage über die Temperatur in einigen Monaten, wenn auf den Sommer der Winter gefolgt sein wird, kann genauer sein als eine Prognose über die Temperatur in der nächsten Woche. Dabei spielen die in Deutschland besonders hohen Einwanderungen, die etwa von unvorhersehbaren Kriegsausbrüchen in anderen Ländern abhängen, eine analoge Rolle wie überraschende Temperaturänderungen bei Wetterprognosen.

„Population Prospects“ der UN

Je nach dem angestrebten Zweck einer Bevölkerungsvorausberechnung unterscheidet man Bevölkerungsprognosen von Bevölkerungsprojektionen und Modellrechnungen. Bei einer Bevölkerungsprognose wird versucht, die Annahmen so zu setzen, daß die Wahrscheinlichkeit des Eintreffens der Prognose maximal und der Fehler so gering wie möglich ist. Das Ziel einer Bevölkerungsprojektion ist bescheidener, es besteht nicht in einer punktgenauen Vorausberechnung, sondern in der Berechnung eines Prognoseintervalls, bestehend aus einer oberen und unteren Variante, meist ergänzt durch eine mittlere. Zu diesem Typ zählen fast alle Bevölkerungsvorausberechnungen, auch die des Statistischen Bundesamtes und die des Verfassers. Als bloße „Modellrechnungen“ werden Vorausberechnungen bezeichnet, die nur die aus unterschiedlichen Geburtenraten, Lebenserwartungen und Wanderungen folgenden demographischen Zustände ermitteln sollen.

Ein besonderer Fall sind die „Population Prospects“ der Bevölkerungsabteilung der UN für die rund zweihundert Länder der Welt. Die Annahmen werden dabei meist optimistischer gesetzt, als es der Erfahrung entspricht. Die Annahmen über einen raschen Rückgang der Geburtenraten in den Entwicklungsländern oder einen Anstieg in den Industrieländern nehmen den Erfolg einer wirksamen Entwicklungs- und

Bevölkerungspolitik vorweg, obwohl nicht sicher ist, daß eine solche Politik durchgeführt wird. Im Hinblick auf ihren Zielcharakter wird dieser Typ im Deutschen als „Zielprojektion“ bezeichnet.

Weniger als zwei Prozent Fehler

Die Weltbevölkerungsprojektionen der UN aus den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts für das Jahr 2000, also für fast ein halbes Jahrhundert, haben einen Fehler von weniger als zwei Prozent. Für die einzelnen Länder ist der

Fehler wegen der schwer prognostizierbaren Wanderungsströme größer, aber für einen Zeitraum von zehn Jahren liegt er für Deutschland dennoch nur im Promillebereich. Für Regionen und einzelne Gemeinden ist der Fehler größer, weil dann auch die Wanderungen zwischen den Regionen des gleichen Landes berücksichtigt werden müssen.

Text: F.A.Z., 24.02.2005, Nr. 46 / Seite 41

Bildmaterial: AP

Grundkurs Demographie: Vierte Lektion

Deutschlandbericht

Von Herwig Birg

Unter den zahllosen Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die Renten-, Kranken-, und Pflegeversicherung, die Arbeits- und Wohnungsmärkte, die Auslastung der kommunalen Infrastruktur und die öffentlichen Finanzen etc. sind in Deutschland die negativen Folgen für das Wirtschaftswachstum besonders nachhaltig und gefährlich.

Durch die Bevölkerungsschrumpfung und die demographische Alterung verringert sich die Wachstumsrate des Volkseinkommens, was einen großen Verlust an Einkommen und einen entsprechenden Ausfall an Steuereinnahmen bedeutet. Die negativen wirtschaftlichen Konsequenzen haben ihrerseits einen ungünstigen Einfluß auf die Geburtenrate, so daß sich die Ursache der demographischen Probleme – die niedrige Geburtenrate – durch deren Folgen noch verstärkt.

Gesundheitlicher Ausleseeffekt der Migration

Diese Einflüsse müssen und können bei Bevölkerungsprognosen einbezogen werden, indem ihre Wirkungen auf die Kinderlosigkeit der nachwachsenden Jahrgänge und auf die Wahrscheinlichkeit für die Geburt erster, zweiter sowie dritter und weiterer Kinder bei der Annahmensetzung für die künftige Geburtenrate berücksichtigt werden.

Die Geburtenzahl pro Frau ist regional unterschiedlich, sie schwankt zwischen 1,9 im Landkreis Cloppenburg und 0,9 in Heidelberg. Bei den Deutschen beträgt sie 1,2, bei den Zugewanderten 1,9, in den alten Bundesländern 1,4 und in den neuen 1,1. Die Lebenserwartung differiert weitaus weniger, wobei die Zugewanderten durch den gesundheitlichen Ausleseeffekt der Migration wahrscheinlich eine höhere Lebenserwartung haben als die einheimische Bevölkerung.

Scherenartiger Verlauf

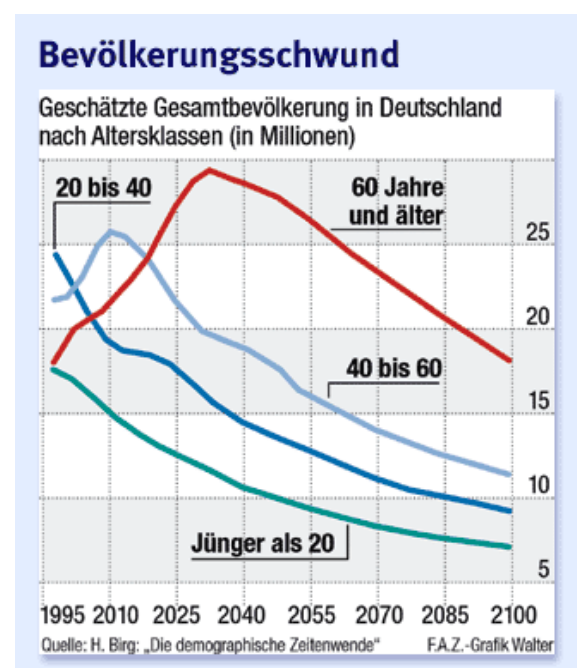
Die Hauptergebnisse einer nach Bevölkerungsgruppen differenzierten Bevölkerungsprognose sind:

Die demographische Entwicklung verläuft scherenartig, gleichzeitig zur Bevölkerungsexplosion bei den älteren vollzieht sich eine Bevölkerungsimplosion der mittleren und jüngeren Altersgruppen:

Die Zahl der über Sechzigjährigen nimmt bis 2050 um rund zehn Millionen zu, gleichzeitig schrumpft die der Zwanzig- bis Sechzigjährigen trotz eines angenommenen Einwanderungsüberschusses von etwa 170.000 jüngeren Menschen pro Jahr um rund 16 Millionen. Die Zahl der unter Zwanzigjährigen nimmt um acht Millionen ab, die der Geburten geht bis 2050 von 700.000 auf 440.000 zurück. Insgesamt schrumpft die Bevölkerung von 82 auf 68 Millionen Bürger.

Staatsbürgerschaftswechsel beachten

Wie bei jeder Krise gibt es Gewinner und Verlierer. Baden-Württemberg und Bayern haben durch Einwanderungsüberschüsse und durch die Binnenwanderungen innerhalb Deutschlands von Ost nach West und von Nord nach Süd noch bis etwa 2020 Bevölkerungszuwächse, die besonders in den neuen Bundesländern um so stärkere Bevölkerungsrückgänge bewirken.



Die zugewanderte Population wächst bis 2050 durch ihre Geburtenüberschüsse und durch weitere Einwanderungen auf 19 Millionen, gleichzeitig schrumpft die deutsche Bevölkerung infolge von Geburtendefiziten auf 49 Millionen, wobei Staatsbürgerschaftswechsel beachtet werden müssen. Bei den unter Vierzigjährigen werden die Zugewanderten in vielen Großstädten ab 2010 einen Anteil von fünfzig Prozent erreichen, nur bei den Älteren bleiben die Deutschen in allen Regionen in der Mehrheit.

Demographische Schrumpfung

Die demographische Alterung beruht in wesentlich stärkerem Maße auf der niedrigen Geburtenrate und der dadurch bewirkten abnehmenden Zahl der jüngeren und mittleren Altersgruppen als auf der Zunahme der Lebenserwartung, für die ein Plus von sechs Jahren bis 2050 erwartet wird. Heute ist die Zahl der über Sechzigjährigen etwa gleich groß wie die der unter Zwanzigjährigen, im Jahr 2050 ist sie dreimal so hoch. Die Zahl der mehr als Achtzigjährigen verdreifacht sich von drei auf rund zehn Millionen.

Wesentlich für die demographische Schrumpfung ist, daß sie automatisch eine demographische Alterung nach sich zieht, die irreversibel ist; wegen der niedrigen Geburtenrate ist eine Schrumpfung ohne Alterung in Deutschland nicht

möglich. Der Altenquotient, also die Zahl derjenigen über sechzig im Verhältnis zu den Zwanzig- bis Sechzigjährigen, steigt bis 2050 von 42 auf 80 bis 90: Wollte man den Anstieg durch Einwanderungen Jüngerer verhindern, müßten rechnerisch bis 2050 188 Millionen Menschen netto zuwandern.

Modellrechnung nicht Prognose

Das Statistische Bundesamt kommt zu ähnlichen Ergebnissen, doch wird selbst die unterste der vorgelegten zehn Varianten schon von der tatsächlichen Entwicklung unterschritten. Die Berechnungen des Statistischen Bundesamtes reichen bis 2050, die oben referierten des Verfassers bis zum Ende des Jahrhunderts.

Die Zahlen für die Zeit nach 2050 sind dabei als Ergebnisse von Modellrechnungen zu verstehen, nicht als Prognosen. Wichtig ist, daß die Bevölkerungsschrumpfung nicht bei runden Zahlen wie 2050 auf einem niedrigeren Niveau endet, sondern sich auch noch im 22. Jahrhundert fortsetzt, wenn sich die Geburtenrate nicht erhöht oder immer größere Einwanderungsströme das wachsende Geburtendefizit kompensieren.

Text: F.A.Z., 25.02.2005, Nr. 47 / Seite 39

Bildmaterial: F.A.Z.

Grundkurs Demographie: Fünfte Lektion

100 Jahre Geburtenrückgang

Von Herwig Birg

Es wäre viel gewonnen, wenn sich in Deutschland herumspräche: Nicht die zunehmende Zahl betagter Menschen, sondern die schrumpfende der nachwachsenden Jüngeren ist die Hauptursache der demographischen Alterung und ihrer kettenartigen Folgeprobleme.

Denn selbst wenn die Lebenserwartung der Deutschen wider alle Erfahrung ab heute konstant bliebe, würde sich die Relation aus der Zahl der über Sechzigjährigen zu den Zwanzig- bis Sechzigjährigen – der wichtigste Maßstab der Alterung, also der Altenquotient, bis 2050 verdoppeln.

Säkulare Nachwuchsbeschränkung

Der Geburtenrückgang als Auslöser des Dominoeffekts der demographisch bedingten Probleme ist ein altes Phänomen. Er begann im neunzehnten Jahrhundert, und er ist zu Beginn des einundzwanzigsten nicht zu Ende. Wir stehen vielmehr am Anfang eines neuen Geburtenrückgangs, weil die in den letzten dreißig Jahren Nichtgeborenen auch bei der besten Familienpolitik jetzt keine Kinder und diese keine Enkel zur Welt bringen werden.

Die „säkulare Nachwuchsbeschränkung“ (Hans Linde) vollzog sich seit über einhundert Jahren parallel zur Industrialisierung: Beim Frauenjahrgang 1860 kamen im Durchschnitt fünf Kinder auf eine Frau, beim Jahrgang 1874 vier und bei den 1881 Geborenen drei. Bereits der Jahrgang 1904 hatte nur zwei. Abweichend von diesem Trend stieg die durchschnittliche Kinderzahl der um 1932 Geborenen auf knapp über zwei an, aber es blieb bei dieser Ausnahme, danach setzte sich die Talfahrt bis zum Jahrgang 1965 auf 1,5 fort. Die hohen Kinderzahlen der um 1932 geborenen Eltern bildeten den „Nachkriegs-Babyboom“ mit dem Geburtenmaximum von 1964 bei 1,36 Millionen Kindern. Da die Verhaltensweisen und Wertvorstellungen der um 1932 Geborenen teilweise in der Epoche vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs geprägt wurden, muß der Nachkriegs-Babyboom auch als ein Phänomen der Vorkriegsepoche interpretiert werden.

Je höher das Pro-Kopf-Einkommen, desto niedriger ist die Geburtenrate

Für diese Sichtweise spricht, daß der Anstieg der Geburtenrate zwischen 1945 und 1964 und der anschließende, als „Pillenknicke“ bezeichnete steile Absturz in der DDR und in der alten Bundesrepublik trotz der unterschiedlichen Gesellschaftssysteme nahezu parallel verlief. Die DDR versuchte durch eine forcierte, geburtenfördernde Politik gegenzusteuern, und sie war zunächst erfolgreich. Die Geburtenrate stieg vorübergehend fast auf zwei Kinder je Frau, aber bereits Jahre vor der Wiedervereinigung glich sich die Kinderzahl wieder dem niedrigen Niveau im Westen Deutschlands (1,4) an.

Durch die Wiedervereinigung vervielfachten sich die realen Pro-Kopf-Einkommen in den neuen Bundesländern, und also auch die in der Demographie als „Opportunitätskosten von Kindern“ bezeichneten entgangenen Einkommen, auf die eine Frau verzichtete, wenn sie nicht erwerbstätig war, um Kinder zu erziehen. Die Wiedervereinigung läßt sich wie ein gesellschaftliches Experiment auswerten, das die als „demographisch-ökonomisches Paradoxon“ bezeichnete Regel bestätigt: Je höher das Pro-Kopf-Einkommen, desto stärker wirken sich die „Opportunitätskosten“ von Kindern aus und desto niedriger ist die Geburtenrate. Die Geburtenrate fiel in den neuen Ländern auf ein Minimum von 0,8 im Jahr 1994, seitdem nähert sie sich von unten dem Niveau im Westen.

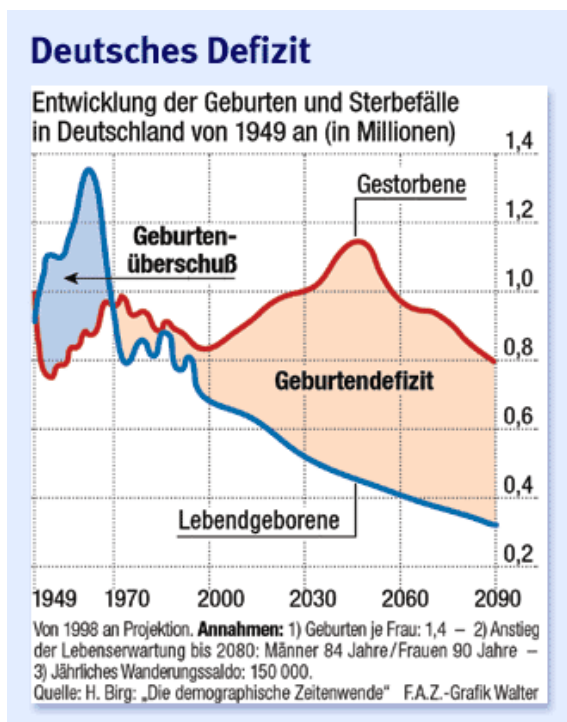
Kinderbetreuungseinrichtungen wären nicht ausreichend

Kennzeichnend für unsere Gesellschaft ist der auf Frauen wirkende Zwang, sich zwischen Erwerbs- und Familienarbeit entscheiden zu müssen. Das Problem ließe sich durch gute, staatliche Betreuungseinrichtungen für Kinder ab dem Vorschulalter mildern, aber das wäre keine Garantie für einen Anstieg der Geburtenrate beispielsweise auf ein Niveau wie in Frankreich, wobei die nicht eingewanderten Französischen im Durchschnitt nur 1,7 und die eingewanderten 2,8 Kinder haben, so daß sich ein Landesdurchschnitt von 1,9 ergibt.

Kinderbetreuungseinrichtungen wären sinnvoll, aber wahrscheinlich nicht ausreichend, denn damit wären die familienfeindlichen Wirkungen unseres sozialen Sicherungssystems nicht beseitigt, bei dem Menschen ohne Kinder nahezu die gleichen Versorgungsansprüche erwerben wie Eltern, obwohl sie nur die monetären Beiträge und nicht die viel wichtigeren „generativen“ in Form der Erziehung von künftigen Beitragszahlern leisten.

Gegenläufige Zusammenhang zwischen der Geburtenrate und der Frauenerwerbsquote

Im Bewußtsein der Öffentlichkeit wird die vom Bundesverfassungsgericht in mehreren Urteilen festgestellte grundgesetzwidrige Ausbeutung von Menschen mit Kindern zugunsten der Kinderlosen als Kernproblem von drittrangigen Themen verdrängt, vor allem durch die ständig wiederholte, unbelegte These, daß die Geburtenrate im internationalen Vergleich um so höher sei, je höher die Frauenerwerbsquote ist.



Dabei ist ein Vergleich der Regionen des gleichen Landes wesentlich aussagekräftiger, weil sich dann die Einflüsse der unterschiedlichen Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme der miteinander verglichenen Länder nicht störend auswirken können. Bei einem Vergleich von Regionen in Deutschland zeigt sich der zu erwartende gegenläufige Zusammenhang zwischen der Geburtenrate und der Frauenerwerbsquote statt des behaupteten gleichläufigen.

Ökonomische und familienbezogene Tugenden stehen im Gegensatz

Das Ergebnis des Regionalvergleichs ist plausibel, denn unser von Konkurrenz und Wettbewerb beherrschtes Gesellschaftssystem verlangt von den Menschen eine hohe Anpassungsbereitschaft an die Erfordernisse des Arbeitsmarktes in Form von beruflicher, räumlicher und biographische Mobilität.

Diese für ein hohes Produktivitäts- und Einkommensniveau wichtigen ökonomischen Tugenden der Mobilität stehen im Gegensatz zu den familienbezogenen Tugenden der unbedingten Verlässlichkeit und Stabilität menschlicher Beziehungen – den Voraussetzungen für die innere Bindung an einen Partner und für die Übernahme einer langfristigen Verantwortung für Kinder durch Elternschaft. Die zur Gründung einer Familie notwendigen langfristigen Festlegungen im Lebenslauf vertragen sich schlecht mit den Mobilitätsansprüchen unserer modernen, auf Dynamik angelegten Zivilisation.

Text: F.A.Z., 26.02.2005, Nr. 48 / Seite 41
Bildmaterial: F.A.Z.

Grundkurs Demographie: Sechste Lektion

Mängel der Sozialversicherung

Von Herwig Birg

Was würde geschehen, wenn die Bevölkerung aus der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung austreten und sich unter Beibehaltung des Umlageverfahrens in einem neuen Verein zusammenschließen könnte? Der Verein würde die Versorgungsansprüche der Rentner, Kranken und Pflegebedürftigen und die Beitragssätze nach der Kinderzahl staffeln, alles andere würde als ungerecht empfunden und abgelehnt werden.

Das Bundesverfassungsgericht kam in seinem Urteil zur Pflegeversicherung (3. März 2001) zum gleichen Ergebnis: Durch unser umlagefinanziertes System werden Menschen ohne Kinder in verfassungswidriger Weise bevorzugt, weil sie, so das Gericht, die gleichen Versorgungsansprüche wie Menschen mit Kindern erwerben, obwohl sie nur den monetären, nicht aber den vom Gericht sogenannten „generativen“ Beitrag in Form der Erziehung künftiger Beitragszahler leisten – die entscheidende Voraussetzung für das Funktionieren des umlagefinanzierten Systems. Dieser Sachverhalt läßt sich auf die Formel bringen: Von Kindern profitiert, wer keine hat.

Ungünstige Altersstruktur

Ob und wie gut die heutigen Beitragszahler im Alter und im Falle von Krankheit und Pflegebedürftigkeit in Zukunft einmal versorgt werden können, hängt entscheidend vom zahlenmäßigen Verhältnis der nicht mehr Erwerbstätigen und der noch nicht Erwerbstätigen zur mittleren Altersgruppe ab, technisch ausgedrückt von der Summe aus dem Jugendquotient und dem Altenquotient. Je höher diese Summe, desto größer ist die Versorgungslast pro Erwerbstätigem beziehungsweise desto niedriger das mögliche Versorgungsniveau.

Mit fallender Geburtenrate nimmt der Altenquotient zu und der Jugendquotient ab. Bei welcher Geburtenrate ist die Summe aus beiden minimal? Die mathematisch beweisbare Antwort lautet: In Ländern mit hoher Lebenserwartung wie Deutschland ist die Versorgungslast pro Kopf eines Beitragszahlers bei einer Geburtenrate von etwa zwei Kindern je Frau am niedrigsten. Aber selbst wenn die Geburtenrate wieder auf die belastungsminimale Zahl von zwei Kindern stiege, dauerte es Jahrzehnte, bis sich eine

günstigere Altersstruktur herausgebildet hat. Deshalb wird es den Deutschen nicht erspart bleiben, bis zur Jahrhundertmitte mit einer sich ständig verschlechternden Altersstruktur zu leben. Könnte man alle Arbeitslosen sofort zu beitragszahlenden Erwerbstätigen machen, wären die Probleme der Sozialversicherung zwar vorübergehend entschärft, aber nicht nachhaltig gelöst.

Pest und Cholera

Am Beispiel der gesetzlichen Rentenversicherung läßt sich die Größe der Reformaufgaben veranschaulichen. Die Wurzel des Problems ist der Anstieg des Altersquotienten um den Faktor zwei bis drei bis zur Jahrhundertmitte. Die Konsequenz ist, daß der heute schon zu hohe Beitragssatz bei Beibehaltung des jetzigen Rentenniveaus – also dem Verhältnis der Durchschnittsrenten zum Durchschnittseinkommen – entweder auf mehr als das Doppelte steigen oder das Rentenniveau bei unverändertem Beitragssatz auf weniger als die Hälfte gesenkt werden müßte: eine Wahl zwischen Pest und Cholera oder einer Mixtur aus beiden.

Wollte man den Anstieg des Altenquotienten – die Konsequenz der niedrigen Geburtenrate – durch die Einwanderung Jüngerer stoppen, müßten 188 Millionen Menschen bis 2050 netto nach Deutschland ziehen, Arbeit finden und Beiträge zahlen. Eine andere, ebenfalls nur theoretische Möglichkeit wäre die Anhebung des Ruhestandsalters auf 73 Jahre. Bei der Reform der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung kommt die Anhebung des Ruhestandsalters nicht einmal als theoretische Lösung in Betracht, weil die mit der Alterung stark zunehmenden Pro-Kopf-Kosten für Gesundheit und Pflege durch eine Anhebung des Ruhestandsalters nicht zu beeinflussen sind.

Permanente gesellschaftspolitische Großbaustelle

Da die Pro-Kopf-Kosten für die Gesundheit der Älteren das Acht- bis Zehnfache der Pro-Kopf-Kosten eines Zwanzigjährigen betragen, nehmen die Gesundheitsausgaben in den nächsten fünf Jahrzehnten mit dem steigenden Durchschnittsalter kontinuierlich zu. Gleichzeitig geraten die

Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung unter Druck, weil die Zahl der Beitragszahler demographisch bedingt stark schrumpft. Als Konsequenz müßte der Beitragssatz von vierzehn auf etwa 25 Prozent erhöht werden – eine Unmöglichkeit. Ebenso ausgeschlossen ist die Alternative, den Leistungskatalog drastisch zu reduzieren. Fazit: Die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung ist wesentlich schwieriger als die der Rentenversicherung.

Das demographische Zahlenwerk der Rentenreform Norbert Blüms beruhte auf der grotesken Annahme, daß die Lebenserwartung vom 1. Januar 2000 an in Deutschland konstant bleibt.

Die Öffentlichkeit hat diese Absurdität nicht registriert. In der Rentenreform Walter Riesters wurde dieser Fehler vermieden, trotzdem geht diese Reform nicht weit genug, um die drohenden Versorgungsengpässe zu vermeiden. Ähnlich wird wahrscheinlich einmal die Lage nach der Reform der Kranken- und Pflegeversicherung zu beurteilen sein. Der demographisch bedingte Problemdruck wird sich in den nächsten zehn Wahlperioden mit der irreversiblen demographischen Alterung kontinuierlich verstärken und Deutschland in eine permanente gesellschaftspolitische Großbaustelle verwandeln.

Text: F.A.Z., 28.02.2005, Nr. 49 / Seite 35

Grundkurs Demographie: Siebte Lektion

Standortfaktor Bevölkerung

Von Herwig Birg

Das Wachstum einer Volkswirtschaft speist sich aus drei Quellen, darunter das Wachstum des Arbeitskräftepotentials und das des Produktionskapitals.

Die erste der beiden Quellen ist in Deutschland, demographisch bedingt, versiegt. Als eine Folge davon wird auch die zweite schwächer, weil zu wenig investiert und Produktionskapital ins Ausland verlagert wird. Gäbe es nicht eine dritte Quelle – Volkswirte bezeichnen sie mit dem Begriff technischer Fortschritt –, läge die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts, die nur noch zwischen ein und zwei Prozent beträgt, bei null.

Lange Produktionskette

In demographisch schrumpfenden Ländern wie Deutschland wurde der wissenschaftliche und technische Fortschritt zur einzigen Quelle des Wohlstands. Er ist das Ergebnis einer langen Produktionskette, die in den Familien bei der Erziehung lernfähiger Kinder beginnt, sich in den Schulen und Universitäten fortsetzt und schließlich in den Betrieben in Form qualitätsvoller Produkte manifestiert.

Der technische Fortschritt wird in Deutschland, demographisch bedingt, nachhaltig gebremst, weil die wichtige Gruppe der Zwanzig- bis Vierzigjährigen als Träger des neuen Ausbildungskapitals auf Jahrzehnte hinaus um Hunderttausende pro Jahr abnimmt, trotz der hohen Zahl der Zuwanderer, von denen die meisten zu dieser Altersgruppe gehören.

Große Anstrengungen nötig

Die Pisa-Studien haben gezeigt, daß die qualitative Seite dieses Vorgangs ebenso besorgniserregend ist wie die quantitative. Da die Kinder der Zugewanderten in den Schulen wesentlich schlechter abschneiden als die Deutschen, während sich ihr quantitativer Anteil erhöht, bedarf es großer Anstrengungen, um die negativen demographischen Wirkungen auf das Ausbildungsniveau wenigstens auszugleichen.

Weniger Arbeitskräfte benötigen weniger Arbeitsplätze. Die Arbeitslosenzahlen müßten also eigentlich, demographisch bedingt, zurückgehen. Eine demographische Entlastung des

Arbeitsmarktes ist jedoch, wenn überhaupt, erst nach 2010 zu erwarten, weil die Schrumpfung der Gruppe der Zwanzig- bis Vierzigjährigen bis dahin noch vom Wachstum der Vierzig- bis Sechzigjährigen ausgeglichen wird, die als schwer vermittelbar gelten. Erst danach schrumpft auch die Gruppe der Vierzig- bis Sechzigjährigen. Aber auch dann ist nicht sicher, daß sich die Massenarbeitslosigkeit deutlich verringert.

Geringerer Bedarf an Arbeitskräften

Zweifel sind angebracht, weil erstens das Pro-Kopf-Einkommen nur noch schwach zunimmt und zweitens ein immer größerer Teil des Einkommens für den Aufbau von privat finanzierten Zusatzversicherungen in Ergänzung zur gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung ausgegeben werden muß, so daß sich die volkswirtschaftliche Nachfrage sowie die Produktion und damit auch der Bedarf an Arbeitskräften verringert.

Gegen diese pessimistischen Überlegungen wird die wachsende Produktivität der Wirtschaft ins Feld geführt. Es trifft zu: Wenn die Produktivität durch den technischen Fortschritt beispielsweise jährlich um 1,5 Prozent wächst, was durchaus erreichbar ist, verdoppelt sie sich bis 2050, so daß auch die realen Pro-Kopf-Einkommen bis 2050 auf das Doppelte zunehmen können.

Zehn Millionen mehr Sechzigjährige

Da aber die für die Erwerbspersonenzahl wichtige Altersgruppe der Zwanzig- bis Sechzigjährigen - trotz angenommener hoher Einwanderungen - bis 2050 um 16 Millionen abnimmt, steigt das Sozialprodukt auch bei doppelter Produktivität nicht auf das Doppelte, sondern nur um ein Drittel. Gleichzeitig nimmt die Zahl der über Sechzigjährigen um 10 Millionen zu. Zu deren Versorgung muß von dem nur um ein Drittel höheren Sozialprodukt ein doppelt so hoher Prozentsatz verwendet werden wie heute. Fazit: Selbst wenn sich die Produktivität und das reale Pro-Kopf-Einkommen verdoppeln, nimmt das für den Konsum der Erwerbstätigen verfügbare Einkommen um weit weniger als das Doppelte zu.

Die Bevölkerungsexplosion bei den Älteren und die Implosion bei den Jüngeren spaltet die Volkswirtschaft in wachsende und schrumpfende Märkte, in Gewinner- und Verliererbranchen. Die Volkswirtschaft als Summe aller Branchen hat um so günstigere Entwicklungschancen, je besser es gelingt, ältere Menschen in den Produktionsprozeß zu integrieren. Je weniger Rentner zu beitragszahlenden Erwerbstätigen gemacht werden können, desto höher sind die Lohnnebenkosten, heute schon ein schwerwiegender demographischer Standortnachteil Deutschlands.

Produktive Deutsche

Alternde Gesellschaften sind nicht automatisch weniger innovativ und produktiv als junge. So

erwirtschaftete die Bevölkerung Indiens mit ihrem jungen Durchschnittsalter von 23 Jahren 2001 ein Pro-Kopf-Einkommen von 460 Dollar, aber die Bevölkerung Deutschlands brachte es trotz ihres hohen Durchschnittsalters von vierzig Jahren auf das Fünzfache, auf 23.700 Dollar.

Deutschland braucht gesellschaftliche Reformen, Innovationen und Ideen, mit denen sich der Schatz an Produktivitätsreserven heben läßt, der ungenutzt im Humankapital der Älteren steckt. Wenn es gelingt, das bisherige Produktivitätswachstum trotz der Alterung zu beschleunigen, dann und nur dann wird sich der erreichte Wohlstand bewahren und vermehren lassen.

Text: F.A.Z., 01.03.2005, Nr. 50 / Seite 41

Bildmaterial: picture-alliance / dpa/dpaweb

Grundkurs Demographie: Achte Lektion

Demographische Konflikte

Von Herwig Birg

Der Ausgleich des sozialen und wirtschaftlichen Gefälles zwischen den Bevölkerungsgruppen war eines der Hauptziele bei der Entwicklung des sozialen Rechtsstaats nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die im Grundgesetz verankerte Gleichwertigkeit der regionalen Lebensbedingungen und die Gleichstellung der Geschlechter sind Beispiele für Etappenziele, die durch das geplante gesetzliche Verbot jeglicher Art von Diskriminierung verallgemeinert und auf alle Bereiche des Lebens ausgedehnt werden sollen. Dieser Weg zu größerer sozialer Gerechtigkeit war bisher eine Art Einbahnstraße.

Ganz gegen unsere Erwartung werden die demographischen Veränderungen unsere Gesellschaft zu einer Bewegung zurück zu größerer Ungleichheit zwingen. Die Öffentlichkeit kommt nicht daran vorbei, sich auf die zunehmenden demographisch bedingten Interessengegensätze einzustellen. Dabei können die Demographen nur vorausberechnen, wie stark die Ungleichheit zunimmt. Wie die Gesellschaft damit umgeht, ob sie sie durch ein wesentlich höheres Maß an Solidarität entschärft oder ob sich die Spannungen konfliktreich entladen, das läßt sich nicht berechnen.

Ein Mehr an Solidarität nötig

Die Hauptwirkung der demographischen Veränderungen besteht darin, daß sich die Gesellschaft spaltet. Soll sie nicht auseinanderfallen, müssen ihre Teile durch ein Mehr an Solidarität zusammengehalten werden. Es ist möglich, daß dies gelingt, aber dazu bedarf es wesentlich größerer Anstrengungen und Opfer als bisher. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit lassen sich vier nationale und eine internationale demographisch verursachte Konfliktlinie unterscheiden.

Auf nationaler Ebene geht es erstens um den wachsenden Verteilungsstress zwischen den Generationen, zweitens um die demographische Spaltung des Landes in wachsende und schrumpfende Bundesländer durch Ost-West-Wanderungen, drittens um das Auseinanderdriften der zugewanderten Populationen und der autochthonen Bevölkerung sowie viertens um

die Spaltung der Gesellschaft in zwei Teilgesellschaften mit und ohne Nachkommen.

Toleranter gewordene Gesellschaft

Das Verhältnis zwischen den Generationen ist unter den Bedingungen unserer toleranter gewordenen Gesellschaft heute wahrscheinlich besser als jemals zuvor. Aber hier geht es nicht um die emotionale Seite dieses Verhältnisses, sondern um den objektiven Interessengegensatz zwischen der mittleren Generationsgruppe, die die Versorgungsleistungen für die Kinder und Jugendlichen und für die ältere Generation erwirtschaften muß, wobei die Sicherheit ihrer eigenen Versorgung mit jedem Jahr aus zwingenden demographischen Gründen schwindet.

Ebenso schwer wie der Generationenkonflikt wiegt der Gegensatz zwischen den neuen und alten Bundesländern. Die Ost-West-Wanderungen von den neuen in die alten Bundesländer wirken wie alle Wanderungen selektiv: Junge, gut ausgebildete Menschen sind mobiler als der Durchschnitt der Bevölkerung.

Keine Chance für den Aufschwung

Die alten Bundesländer, vor allem Baden-Württemberg und Bayern, sind die Gewinner des großen Nullsummenspiels der innerdeutschen Wanderungen. Ihre Bevölkerungszahl wird auf Kosten der neuen Länder noch etwa zwei Jahrzehnte zunehmen, gleichzeitig profitieren sie durch die Selektionswirkungen der Wanderungen vom Humankapital der neuen Länder – von der Erziehung und Ausbildung junger Menschen. Die für die wirtschaftliche Entwicklung entscheidende Altersgruppe der Zwanzig- bis Sechzigjährigen wird sich in den neuen Bundesländern bis 2050 halbieren. Der wirtschaftliche Aufholprozeß ist unter diesen Bedingungen chancenlos, die Spaltung des Landes und ständiger Verteilungsstress zu seiner Überbrückung sind die Folgen.

Die Interessenkonflikte zwischen den Zugewanderten und der autochthonen Bevölkerung betreffen vor allem die jüngeren Altersgruppen. Die zugewanderte Population wächst durch Geburtenüberschüsse und weitere Zuwanderungen, gleichzeitig schrumpft die autochthone,

wobei die Zugewanderten, bedingt durch wesentlich ungünstigere Bildungsvoraussetzungen, eine ethnisch geprägte Unterschicht bilden, die einen wachsenden Anteil des staatlichen Sozialbudgets beansprucht.

Ein neuer Typ von Ungerechtigkeit

Bei einem Anteil der Kinderlosen von einem Drittel bei den Jahrgängen ab 1965 erodieren nicht nur die sozialen Sicherungssysteme, sondern es entsteht ein neuer Typ von sozialer Ungerechtigkeit – „die Transferausbeutung der Familien“ (Jürgen Borchert) – durch die verfassungswidrige Bevorzugung von Menschen ohne Nachkommen in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung (Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 3. April 2001).

Die Versorgungslücken des staatlichen sozialen Sicherungssystems erweitern sich, sie sollen durch private Ersparnis und Kapitalexport in Niedriglohnländer wie China geschlossen werden. Da auch die Geburtenraten der Entwicklungsländer stark zurückgehen, ist die demographische Alterung ein weltweites Phänomen. Der demographisch bedingte Lastenanstieg der erwerbstätigen Generationen läßt sich durch Kapitalexport nur international anders verteilen, aber nicht aus der Welt schaffen. Die Ungleichheit nimmt demographisch bedingt weltweit zu.

Text: F.A.Z., 02.03.2005, Nr. 51 / Seite 39

Bildmaterial: picture-alliance / dpa/dpaweb

Grundkurs Demographie: Neunte Lektion

Die innerdeutsche Migration

Von Herwig Birg

Die Migrationsbewegungen beeinflussen die Bevölkerungsentwicklung einer Gemeinde wesentlich stärker als die sogenannten natürlichen Komponenten der Geburten und Sterbefälle.

In einem Stadt- oder Landkreis entfallen heute im Durchschnitt pro Geburt im gleichen Jahr drei bis fünf Zuwanderungen, ebenso auf jeden Sterbefall eine vielfache Zahl an Abwanderungen. Daß sich in Deutschland Städte bilden konnten, beruht auf den Zuwanderungen aus ländlichen Gebieten. Im achtzehnten Jahrhundert wurden die Städte wegen der bevölkerungsdezimierenden Wirkung ihrer niedrigen Geburtenrate und ihrer Sterbeüberschüsse mit der Pest verglichen.

Die seit über einem Jahrhundert andauernde „säkulare Nachwuchsbeschränkung“ hat zwar das Niveau der Geburtenrate sowohl in den Städten als auch auf dem Lande stark verringert, aber die relativen Unterschiede der Geburtenraten blieben weitgehend erhalten. Dabei sind die in einem bestimmten Zeitpunkt für einen Jahrgang beobachteten regionalen Unterschiede der Geburtenrate noch größer als die zeitlichen Unterschiede zwischen den Jahrgängen in einer bestimmten Region.

Unterschiedliche Lebenserwartung

Auch die Lebenserwartung differiert regional. Bei den 440 Stadt- und Landkreisen Deutschlands ergibt sich für Männer ein Intervall von 70,1 bis 78,2 Jahren, für Frauen von 77,1 bis 83,1. Dabei darf eine hohe Lebenserwartung nicht einfach als Wirkung gesundheitsfördernder regionaler Lebens- und Umweltbedingungen interpretiert werden. Der größte Teil der Unterschiede wird vielmehr durch die starken Selektionswirkungen der Wanderungsbewegungen im- und exportiert.

Die überdurchschnittliche Lebenserwartung der Männer im Voralpengebiet, etwa in Starnberg (78,2), und die unterdurchschnittliche in Ruhrgebietsstädten wie Gelsenkirchen (72,6) beruht mehr auf der Zuwanderung von Menschen mit überdurchschnittlicher Ausbildung und dem damit zusammenhängenden gesundheitsbewußteren Verhalten nach Bayern und auf der Abwanderung dieser Menschen aus Nordrhein-Westfalen als auf den regionalen

Lebensbedingungen der Herkunfts- und Zielregionen.

Jeder Zuzug ein Wegzug

Jedes Jahr wechseln vier Millionen Menschen den Wohnsitz zwischen den 440 Stadt- und Landkreisen. Da jeder Zuzug irgendwo ein Wegzug ist, teilen die Binnenwanderungen das Land in Gewinner und Verlierer. Die Hauptbewegungsrichtung dieser permanenten Abstimmung mit den Füßen sind der jahrzehntelange Wanderungstrend von den nördlichen in die südlichen Bundesländer und seit 1990 von Ost nach West. Besonders mobil sind jüngere Menschen mit überdurchschnittlicher Ausbildung. Sie bilden eine Art innerdeutschen Brain-Drain, von dem die westlichen Bundesländer, vor allem Baden-Württemberg und Bayern, sowohl demographisch als auch wirtschaftlich profitieren.

Dem Land Mecklenburg-Vorpommern gingen beispielsweise ein Fünftel der Frauen in der Altersgruppe 20 bis 35 durch Abwanderung verloren. Dies wirkt sich negativ auf das wirtschaftliche Entwicklungspotential aus, wodurch die Abwanderung zusätzlich stimuliert wird. Da die meisten Geburten auf diese Altersgruppe entfallen, entwickelt sich eine demographisch-ökonomische Schrumpfungsspirale, der mit den Mitteln der Raumordnungs- und Regionalpolitik nicht beizukommen ist. Je negativer die Auswirkungen auf das Herkunftsland sind, desto positiver sind sie für die Zielregion.

Konkurrenz ums Humankapital

Unter den Bedingungen der langfristigen demographischen Schrumpfung wird die Konkurrenz um das gut ausgebildete, junge Humankapital schärfer. Der demographische Standortwettbewerb der Gemeinden und Regionen läßt sich nicht durch gesetzliche Maßnahmen beschränken, denn das im Grundgesetz garantierte Recht auf Freizügigkeit schließt Maßnahmen zur Steuerung der Wanderungen beispielsweise durch Zuzugsbeschränkungen aus. Denkbar wäre jedoch eine Differenzierung der Einkommensteuersätze durch die Gemeinden nach dem Beispiel der Gewerbesteuer, eine Art Anreizpolitik zur Beeinflussung der Wohnort-

entscheidungen, die betriebliche Standortentscheidungen nach sich ziehen könnten.

Anders als im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert ist die durchschnittliche Geburtenrate heute so niedrig, daß die Sterbeüberschüsse der städtischen Siedlungsgebiete nicht mehr durch die Geburtenüberschüsse der ländlichen ausgeglichen werden können. In allen 440 Stadt- und Landkreisen wird die bestandserhaltende Zahl von 2,1 Kindern je Frau unterschritten. Das Maximum wurde 2000 in Cloppenburg (1,91) registriert, das Minimum – auch bedingt durch den hohen Anteil an Studentinnen an der Bevölkerung – in Heidelberg (0,88).



Gewinner und Verlierer

Trotz der hohen Einwandererzahlen bleiben die Binnenwanderungen der entscheidende Faktor, der die dreizehntausend Gemeinden in demographische Gewinner und Verlierer teilt. Schrumpfende und wachsende Siedlungen heben sich immer kontrastreicher voneinander ab.

Verödete Ortskerne in Dörfern und Kleinstädten und Ghettobildungen in Großstädten, Rückbau, Abriß und Wohnungsleerstände auf der einen Seite wechseln mit prosperierenden Siedlungen und Regionen ab, wobei heute niemand sagen kann, ob die Wachstumspole in zwanzig oder dreißig Jahren immer noch auf Kosten der Abwanderungsgebiete profitieren können oder ob die Schrumpfung schließlich auch die noch blühenden Regionen einholen und das ganze Land mit einer lähmenden Tristesse überziehen wird. Da regionales Wachstum nur noch durch Wanderungsgewinne zu Lasten anderer Regionen möglich ist, muß in jedem Fall mit zunehmenden räumlichen Interessensgegensätzen gerechnet werden.

Text: F.A.Z., 03.03.2005, Nr. 52 / Seite 39

Bildmaterial: F.A.Z., picture-alliance / dpa

Grundkurs Demographie: Zehnte Lektion

Der lange Bremsweg

Von Herwig Birg

Die meisten Menschen sind einfach schon zu klug, um noch die Bedeutung der simplen Wahrheit erfassen zu können: Für Menschen gibt es keinen Ersatz. Auch die Einwanderer Deutschlands müssen zuerst irgendwo geboren worden sein, bevor sie zuwandern und hier Probleme lösen können.

Daß unser Land glaubt, seine Zukunft darauf bauen zu können, daß es die von anderen Ländern mit Kosten und Mühen gewonnenen Früchte erntet, darüber gibt es hierzulande nicht die geringste öffentliche Reflexion. Wir sehen uns im Wettbewerb um "die Besten" der anderen Länder und verstehen nicht, daß wir mit unseren Ansprüchen eine neue Art des Kolonialismus betreiben.

Wie ehrlich muß, darf und soll über die demographischen Probleme Deutschlands nachgedacht werden? Sind die demographischen Veränderungen vielleicht gar nicht so wichtig, wie Ralf Dahrendorf uns wissen läßt? Oder hat Claude Levi-Strauss recht, der feststellte: "Im Vergleich zur demographischen Katastrophe ist der Zusammenbruch des Kommunismus unwichtig" (F.A.Z. vom 3. Januar 1992)?

Das Ende der politischen Quarantäne

Über kaum ein anderes Thema gehen die Meinungen so extrem auseinander. Ist es möglicherweise pure Klugheit, wenn nicht sogar Weisheit, daß die Politik das Thema Demographie jahrzehntelang unter ihrem dröhnenden Schweigen begrub, als wollte sie damit verhindern, daß es sich wie eine ansteckende Krankheit ausbreitet?

Die politische Quarantäne der Demographie endete mit Anbruch des neuen Jahrhunderts. Um 2001 explodierte plötzlich das öffentliche Interesse an demographischen Fragen. Es ist das Jahr, in dem das Bundesverfassungsgericht den Stab über die Pflegeversicherung und über die anderen Zweige des irreführenderweise als sozial bezeichneten, in Wahrheit familienfeindlichen sozialen Sicherungssystems brach.

Udo Steiner, Richter am Bundesverfassungsgericht, bezeichnete die politischen Bemühungen um die Reform der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung angesichts des Gewichts

ihrer demographischen Ursachen als einen Reparaturversuch "bei laufendem Motor". Sein Kollege Udo di Fabio stellte klar: "Mit dem Urteil zur Pflegeversicherung hat das Bundesverfassungsgericht die Notbremse gezogen." Aber mit welcher Wirkung? Der Zug fährt weiter in die falsche Richtung. Die vom Gericht festgesetzte Frist für die Änderung der verfassungswidrigen Bevorzugung der Kinderlosen auf Kosten der Familien mit Kindern in der Pflegeversicherung, der 31. Dezember 2004, ist verstrichen, aber die Ungerechtigkeit blieb, die durchgeführten gesetzlichen Änderungen haben den Charakter einer Alibihandlung.

Härtetest der Demokratie

Die Funktionsfähigkeit jedes Zweigs des sozialen Sicherungssystems – auch die der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung –, geht verloren, wenn weniger Beitragszahler nachwachsen, als Menschen zur Gruppe der Versorgungsberechtigten hinzukommen. Die Zahl der versorgungsberechtigten Älteren nimmt bis zur Jahrhundertmitte explosionsartig zu, was ziemlich sicher ist, denn die Sechzigjährigen und Älteren im Jahr 2050 rekrutieren sich aus den heute über Fünfzehnjährigen. Gleichzeitig nimmt die Gruppe der Jüngeren implionsartig ab.

Die Hauptwirkung der Bevölkerungsschrumpfung und Alterung ist eine Zunahme der sozialen Ungleichheit. Der sich aus der scherenartigen Auseinanderentwicklung von Anspruchsberechtigten und Leistungspflichtigen ergebende ökonomische Verteilungsstreß wird diese Demokratie einem ernststen Härtetest unterziehen. Aber die demographischen Veränderungen berühren nicht nur wirtschaftliche Fragen, es geht vor allem um die viel entscheidenderen kulturellen Voraussetzungen des ökonomischen Erfolgs - um Gerechtigkeit. "Gerechtigkeit ist im Verfassungsstaat vor allem Leistungsgerechtigkeit" (di Fabio). Ohne sie sind Leistungskraft und Wohlstand auf Dauer unmöglich.

Jahrzehnte des Desinteresses

Der wichtigste und schwerwiegendste Irrtum über die Natur der demographischen Veränderungen ist der Glaube, daß uns ein rascher Wiederanstieg der Geburtenrate auf 1,6, 1,8 oder zwei Kinder pro Frau vor dem Schlimmsten

bewahren könnte. Aber es ist dreißig Jahre nach zwölf, heute kann selbst ein Anstieg der Geburtenrate auf die ideale Zahl von zwei Kindern je Frau die Alterung für Jahrzehnte nicht mehr abwenden. Daß es ein demographisches Momentum mit irreversiblen Folgen gibt, ist vielleicht die wichtigste Erkenntnis der Demographie. Wenn ein demographischer Prozeß ein Vierteljahrhundert in die falsche Richtung läuft, dauert es ein Dreivierteljahrhundert, um ihn zu stoppen.

Die langen Bremswege in der Demographie sind bekannt, seit die Demographie im achtzehnten Jahrhundert als Wissenschaft begründet wurde. Was Deutschland erwartet, haben Wissenschaftler in unzähligen Artikeln, Büchern und

Kongressen seit Jahrzehnten einer desinteressierten Öffentlichkeit mitzuteilen versucht. Die vielzitierte Bringschuld der Wissenschaft wurde von der Politik nicht angenommen, auch die Medien brachten das vorhandene Wissen nicht unter die Leute.

Deutschland hat von seinem Recht auf Nichtwissen in extensiver Weise Gebrauch gemacht und wird dafür teuer bezahlen. Volkszählungen wurden schon unter der Regierung Kohl ohne viel Federlesen abgeschafft. Keine Gemeinde in Deutschland weiß heute genau, wieviel Einwohner sie hat, die amtlichen Einwohnerzahlen beruhen allesamt auf den Daten der letzten Volkszählung von 1987.

Text: F.A.Z., 04.03.2005, Nr. 53 / Seite 37
Bildmaterial: picture-alliance / dpa/dpaweb